

Antrag

der Abgeordneten Jan Ralf Nolte, Rüdiger Lucassen, Jens Kestner, Berengar Elsner von Gronow, Gerold Otten, Christoph Neumann, Marc Bernhard, Dr. Michael Ependiller, Mariana Iris Harder-Kühnel, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD

Gesundheitliche Beschwerden bei Soldaten durch Druckwellen

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Seit Jahren klagen Soldaten, die etwa in der Artillerie, den Spezialkräften als „Breacher“ oder im Rahmen anderer Tätigkeiten regelmäßig kleineren Detonationen ausgesetzt sind, über gesundheitliche Beschwerden. Das sogenannte „Breacher Brain“ (www.nytimes.com/2014/06/06/us/politics/wars-elite-tough-guys-hesitant-to-seek-healing.html) geht mit Symptomen, wie Erschöpfung, Gedächtnisverlust, Kopfschmerzen und einer schlechteren Denkleistung einher. Wissenschaftler führen noch verschiedene weitere, mögliche Folgen, wie beispielsweise die Begünstigung von PTBS oder sogar Suizide an (www.rand.org/pubs/conf_proceedings/CF380z1.html). Wissenschaftlich werden die Folgen regelmäßiger kleinerer Explosionen oder Druckwellen allerdings noch nicht gut genug verstanden.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 1. eine wissenschaftliche Studie durchführen zu lassen, welche die Risikogruppen für derartige Beeinträchtigungen identifiziert und die kognitiven, auditiven, biologischen und physiologischen Schäden feststellt, die durch regelmäßige, kleinere Explosionen bzw. Druckwellen entstehen können und die Handlungsempfehlungen für den gesundheitlichen Schutz unserer Soldaten erarbeitet;
 2. sicherzustellen, dass Soldaten, die regelmäßig kleineren Explosionen oder Druckwellen ausgesetzt sind, sowie die zuständigen Vorgesetzten und Truppenärzte mögliche, negative gesundheitliche Folgen auch jetzt schon stets im Blick haben;
 3. die im Rahmen der Studie erarbeiteten Handlungsempfehlungen in ein angemessenes Verhältnis zur Machbarkeit und operativen Erfordernissen setzen und umzusetzen.

Berlin, den 21. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

